



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
14. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 06.05.2024
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Dr. Ulrich Brock - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jochen Mauritz - CDU	Bis TOP 13.3.1
Kristin Blankenburg - SPD & FW	
Julian Lange - SPD & FW	
Sascha Luetkens - LINKE & GAL	
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	Bis TOP 6.4.1
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Jörn Twesten - AfD	
Tim Stüttgen - Unabhängige Volt-PARTEI	Vertretung für: Herrn Claas Lamaack
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Ruben Meyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Stephan Wisotzki
Klaudia Kohlfaerber - SPD & FW	Vertretung für: Herrn Ulrich Pluschkell, nur öffentlicher Teil
Oliver Prieur - CDU	
Elfi Rostkowski - SPD & FW	Vertretung für: Herrn Holger Schöler
Jörg Sellerbeck - CDU	
Dan Teschner - FDP	
Rainer Bischoff - SPD & FW	ab nichtöffentlichem Teil als Vertretung für Frau Kohlfaerber
Stellvertreter:in	
Jan Ingwersen - CDU	Bis TOP 6.4.3
Beiratsmitglieder	
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat	Nur öffentlicher Teil
Kerstin Metzner - Beirat für Senior:innen	Nur öffentlicher Teil

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Ralf Alexander Giercke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Nur öffentlicher Teil
Jens Zimmermann - CDU	
Verwaltung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	Bis TOP 11.4
Ulrike Schölkopf - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	Bis TOP 11.4
Frank Graap - 5.651 GMHL	Bis TOP 11.4
Mirjana Kayser - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Felix Schulz - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	TOP 5.3 bis TOP 6.4.1
Mareike Ständer - 5.651 Gebäudemanagement	Bis TOP 3.5
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Gerlinde Boppert -	Bis TOP 4.3
Olivia Kempke - Lübeck Management e.V.	Nur öffentlicher Teil
Susanne Resch -	Bis TOP 4.3
Bernhard Volkmar -	Bis TOP 4.3
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Claas Lamaack - Unabhängige Volt-PARTEI	Abwesend
Ulrich Pluschkell - SPD & FW	Abwesend
Holger Schöler - SPD & FW	Abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.02.2024	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2024	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2024	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Bebauungsplan 04.12.00 - Schönböckener Straße 55 - Satzungsbeschluss	VO/2024/13170
3.2	Projektfreigabe: Förderprojekt Lübeck VIAA - Lübecks Verkehrsmanagement wird intelligent, analytisch und agil	VO/2024/13077
3.3	Austausch der Anlage 2.5 der Betrauung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Bereitstellung und des Betriebes der Priwallfähre und der Vorhaltung der entsprechenden Infrastruktur	VO/2024/13082
3.4	131. Änderung des Flächennutzungsplans für den Teilbereich Geniner Ufer/ Welsbachstraße, abschließender Beschluss und Bebauungsplan 02.14.00 - Geniner Ufer/ Welsbachstraße - Satzungsbeschluss	VO/2024/13181
3.5	Freigabe zur Fortsetzung des Projekts "Schule am Stadtpark, Herrichtung Ganztags sowie Elektromodernisierung", Schulstraße 22, 23568 Lübeck aufgrund Überschreitung der Projektkosten von > 175.000 EUR des veranschlagten Gesamtbudgets	VO/2024/13191
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	UNVOPA: Solarenergie in Lübeck - Orientierungsrahmen zur Ansiedlung großer Freiflächenanlagen (Zwischenbericht)	VO/2023/12854-01
4.2	Fraktion LINKE & GAL, Antrag zu: Zwischenbericht zum Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof	VO/2024/13000-01
4.3	Dringlichkeitsantrag Unabhängige Volt-PARTEI: Granit-Steilen in der Jürgen-Wullenwever-Straße reduzieren	VO/2024/13047
4.4	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU u. FDP: Dringlichkeitsantrag Raumbedarf der Verwaltung in Travemünde -	VO/2024/13067

	Prüfauftrag	
4.5	Unabhängige Volt-PARTEI: Antrag zur Benennung eines Platzes nach den ermordeten Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson.	VO/2024/13113
4.6	Fraktion LINKE & GAL: Erforschung und Würdigung des Widerstands von Frauen in und /oder aus Lübeck gegen den Nationalsozialismus	VO/2024/13125
4.7	Fraktion LINKE & GAL: Fahrradbügel an der OzD	VO/2024/13115
4.8	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Radweg Dummersdorfer Str.	VO/2024/13133
4.9	Unabhängige-Volt-Partei: Einrichtung eines "Streetfood-Kais An der Untertrave"	VO/2024/13135
5	Berichte	
5.1	Statusbericht: "WC Sanierungsprogramm an Lübecker Schulen"	VO/2024/13023
5.2	Statusbericht - Erstellung "Masterplan Schulimmobilien"	VO/2024/13024
5.3	Gutachten Herreninsel	VO/2024/13147
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Bolzplatz in Groß Steinrade	VO/2023/12216-01
6.1.2	Antwort auf die Anfrage von Frau Metzner (Senior:innenbeirat): Fahrplandialog	
6.1.3	Antwort auf die Anfrage von AM Frings (UVP): Gestaltung/Erhaltung städtebaulicher Struktur durch qualifizierte B-Pläne Helldahl/ Leegerwall	
6.1.4	Antwort auf die Anfrage von AM Prieur (CDU): Lieferanten von Straßenlaternen	
6.1.5	Antwort auf die Anfrage von AM Mauritz (CDU): Bauproblematik Fertigstellung Pinassenweg/Berkenthienstraße	
6.1.6	Antwort auf die Anfrage von AM Lamaack (UVP): Radwegkennzeichnung Ecke Ivendorfer Landstr./Teutendorfer Weg	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Maßnahmen Rahmenplan Innenstadt	VO/2024/13142

6.2.2	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhalt der Hallen an der Roddenkoppel im sog. Tudorstil	VO/2024/13156
6.2.3	AM Kimberly D'Amico (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Sachstand der weiteren Vorgehensweise wegen der Verwahrlosung des Gebäudebestandes Große Burgstraße 9 - 13 (VO/2018/06699)	VO/2024/13220
6.2.4	Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Auswirkungen der Sperrung der Mühltorbrücke auf den ÖPNV	
6.2.5	Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Bahnschranken Ratzeburger Allee und Mönkhofer Weg	
6.2.6	Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Parkflächen in Wohngebieten mit Markierungsstreifen versehen	
6.2.7	AM Jochen Mauritz: Schulwegsicherheit Grundschule Lübeck-Niendorf / Niendorfer Hauptstraße 17-21	VO/2024/13225
6.2.8	AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhaltungssatzung PV	VO/2024/13246
6.2.9	Anfrage des AM Mauritz (CDU): 2. Anbindung Travemünde	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.610): Ausbau Ladestationen in Lübeck - weiteres Vorgehen	
6.4.2	Mündliche Mitteilung: Projekt Wohnen Boardinghouse Hotel Königstrasse 44-46 und 46a gemäß Präsentation vom 06. Februar 2023 - Umsetzung des Projektes; weiteres Vorgehen	
6.4.3	Mündliche Mitteilung: Stadtgrabenbrücke Planung und Realisierung der Radwegsanbindung an die Willy Brandt Allee; weiteres Vorgehen	
6.4.4	Mündliche Mitteilung: Sachstand Sanierung Verwaltungszentrum Mühltor Kostenentwicklung und Abgleich zur Raumplanung	
6.4.5	Mündliche Mitteilung: Parken am Moltkeplatz: Bericht über die rechtlichen Grundlagen des Parkverbotes im Bereich Moltkeplatz	
6.4.6	Mündliche Mitteilung (5.000): Umbenennung Rathausinnenhof	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN):	VO/2024/13085

	Erhalt der kostenfreien Fahrradstellplätze vor dem Lübecker Hauptbahnhof	
7.2	Anfrage AM Sascha Luetkens (Fraktion LINKE & GAL): Stellen in Lübeck	VO/2024/13165
7.3	AM Christopher Lötsch: Sanierung Buurdiekstraße/ Wischhofweg	VO/2024/13201
7.4	AM Christopher Lötsch: Einplanung Sanierung Wesloer Straße in 2025	VO/2024/13202
7.5	SPD & FW: Für mehr Sozialwohnungen in Lübeck!	VO/2024/13212
7.6	AT-Beirat für Senior:innen: Verbesserungen der Taktung für die Buslinie 35	VO/2024/13177-01
7.7	Beirat für Senior:innen: Zwischenbericht zur ÖPNV-Anbindung der nördlichen Altstadt während der Baumaßnahme Beckergrube	VO/2024/13219
7.8	Fraktion SPD & FW: Landschaftspark Leuchtenfeld	VO/2024/13239
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
-------------	--

Der Vorsitzende AM Dr. Brock begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 3.5 Freigabe zur Fortsetzung des Projekts "Schule am Stadtpark, Herrichtung Ganztags sowie Elektromodernisierung", Schulstraße 22, 23568 Lübeck aufgrund Überschreitung der Projektkosten von > 175.000 EUR des veranschlagten Gesamtbudgets (VO/2024/13191)
- TOP 6.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Bolzplatz in Groß Steinrade (VO/2024/12216-01)
- TOP 6.2.8 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhaltungssatzung PV (VO/2024/13246)
- TOP 6.4.6 Mündliche Mitteilung (5.000): Umbenennung Rathausinnenhof

Der Vorsitzende lässt en bloc über die Dringlichkeit der genannten TOP abstimmen.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig, die genannten TOP im Wege der Dringlichkeit zu behandeln.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

AM Teschner erklärt sich für TOP 3.1 für befangen.

Der Vorsitzende fragt, ob die Fraktionen die Anfragen und Anträge von abwesenden Ausschussmitgliedern übernehmen.

Die anwesenden Vertreter der Fraktionen übernehmen die Anfrage und Anträge von abwesenden Ausschussmitgliedern ihrer jeweiligen Fraktion.

Der Vorsitzende beantragt, TOP 4.2 und TOP 7.1 gemeinsam zu behandeln. Ebenso beantragt er, TOP 4.3 und TOP 7.2 gemeinsam zu behandeln.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt, TOP 5.3 zu vertagen.

Senatorin Hagen ergänzt, dass die Verwaltung noch auf die Anwohnenden zugehen wolle.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

AM Lange beantragt, TOP 4.5 und TOP 4.6 zu vertagen, bis das Votum des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege vorliegt.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt, TOP 7.5 zu vertagen, da in der nächsten Sitzung Anträge mit einer ähnlichen Thematik behandelt werden würden.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende beantragt, TOP 7.8 zu vertagen, da der Antragsinhalt erst am heutigen Tage dem Bauausschuss bekannt gegeben worden sei.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.02.2024

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2024

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2024

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Bebauungsplan 04.12.00 - Schönböckener Straße 55 - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2024/13170**

AM Teschner erklärt sich für befangen und verlässt den Saal.

AM Luetkens erkundigt sich, wie viel mehr geförderte Wohnfläche die Steigerung der Förderquote von 30% auf 60% ausmachen würden.

Es wird eine Antwort zur Niederschrift zugesagt.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Die jetzt zur Förderung beantragten 60% der Wohneinheiten belegen fast deckungsgleich ca. 58% der geplanten BGF, also bedeuten auch vom Flächenansatz her eine deutliche Steigerung.

AM Stüttgen fragt, welche Stiftung hinter dem Vorhaben stehe und welche Grundstücke im Eigentum dieser Stiftung stünden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dies möglicherweise eine Information ist, die nur im nichtöffentlichen Teil gegeben werden könne.

Senatorin Hagen berichtet, dass ihrem Kenntnisstand nach die TRAVE GmbH und die Stiftung eine klare Trennung vorgenommen hätten, was die Grundstücke und die Bauobjekte betreffe. Es würde keine Häuser geben, die auf Grundstücken mit unterschiedlichen Eigentümern stünden.

AM Stüttgen erkundigt sich, ob die Grundstücke eindeutig zugeordnet und bebaut werden würden.

Senatorin Hagen bejaht dies.

AM Stüttgen bittet um die Information, um welche Stiftung es sich handle und ob es mehrere Stiftungen seien.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Der Name der Stiftung, mit der die „Trave“ das Projekt zusammen durchführt, ist die „Jürgen-Wessel-Stiftung“.

AM Ramcke fragt, weswegen die Dienstbarkeiten, nicht wie sonst üblich, nicht im Grundbuch eingetragen werden würden, hier werde dies aber durch den Gesellschafter eingebracht. Er wolle wissen, ob es deswegen keinen Städtebaulichen Vertrag gebe.

Herr Schröder führt aus, dass die TRAVE GmbH ein städtisches Unternehmen sei, mit dem einvernehmlich die Rahmenbedingungen, wie etwa Bürgerschaftsbeschlüsse, geklärt und festgelegt werden würden.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Senatorin Hagen weist darauf hin, dass das Gebiet Fernwärme erhalten solle, was zu einer größeren Baumaßnahme führen würde, die unter Vollsperrung durchgeführt werden müsse. Hierzu würde aber noch gesondert berichtet werden.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 04.12.00 - Schönböckener Straße 55 - abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 04.12.00 - Schönböckener Straße 55 - in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan entsprechend dem beiliegenden Entwurf (Anlage 6) zu berichtigen.
4. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB sowie die Berichtigung des Flächennutzungsplans ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.2 Projektfreigabe: Förderprojekt Lübeck VIAA - Lübecks Verkehrsmanagement wird intelligent, analytisch und agil
Vorlage: VO/2024/13077**

Zu diesem TOP reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Prieur, Senatorin Hagen, Frau Kayser, AM Ramcke, AM Luetkens und der Vorsitzende.

Beschluss:

- 1)
Der Bürgermeister wird ermächtigt, das Projekt VIAA mit einer Gesamtprojektsumme von 4.920.000 € umzusetzen. (Zuständigkeit Hauptausschuss)
- 2)
Der Bürgermeister wird ermächtigt, die notwendige außerplanmäßige Mittelverschiebung von 1.090.000 € im Haushaltsjahr 2024 gem. § 82 Abs. 1 GO vorzunehmen sowie bereits 2024 drei Ingenieurstellen auszuschreiben und ab 2025 im Stellenplan aufzunehmen. Die fehlenden Mittel für 2024 werden aus dem Produktsachkonto (PSK) 542001.157.7852000 (Schluter Straße) auf dem PSK 541001.576.785300 (VIAA Verkehrsmanagement) außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. (Zuständigkeit Bürgerschaft)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.3 Austausch der Anlage 2.5 der Betrauung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Bereitstellung und des Betriebes der Priwallfähre und der Vorhaltung der entsprechenden Infrastruktur
Vorlage: VO/2024/13082**

AM Luetkens erkundigt sich nach den Rahmenbedingungen für das Anreizsystem um die Fehlzeitenquote zu senken. Er wolle wissen, ob der Malus in Höhe von 5.000,- EUR je Verspätung angesetzt werde oder ob das abhängig sei von der Höhe der Verspätung, und wie viele Beschwerden über Verspätungen es gebe. Das Projekt laufe bis 2045, daher gehe er davon aus, dass es irgendwann keine möglichen Verbesserungen mehr geben werde.

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die bisherige Fassung der Anlage 2.5. zur Betrauung Fähre: „Konzeptbeschreibung zum Anreizsystem“ durch den anliegenden Vorschlag (Anlage 1) auszutauschen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.4 131. Änderung des Flächennutzungsplans für den Teilbereich Geniner Ufer/ Welsbachstraße, abschließender Beschluss und Bebauungsplan 02.14.00 - Geniner Ufer/ Welsbachstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2024/13181**

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 131. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Entwurf des Bebauungsplans 02.14.00 – Geniner Ufer/ Welsbachstraße – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zu den Bauleitplänen noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die 131. Änderung des Flächennutzungsplans wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplans dem Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.

4. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 02.14.00 – Geniner Ufer/ Welsbachstraße – in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 8) gebilligt.

5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Erteilung der Genehmigung der 131. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 6 Abs. 5 BauGB sowie den Beschluss des Bebauungsplans durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.5 Freigabe zur Fortsetzung des Projekts "Schule am Stadtpark, Herrichtung Ganztags sowie Elektromodernisierung", Schulstraße 22, 23568 Lübeck aufgrund Überschreitung der Projektkosten von > 175.000 EUR des veranschlagten Gesamtbudgets
Vorlage: VO/2024/13191**

Zu diesem TOP reden AM Luetkens, Herr Bunk, AM Ramcke und Frau Ständer.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Baumaßnahme „Schule am Stadtpark, Herrichtung Ganztags sowie Elektromodernisierung der Bestandsgebäude“ am Standort Schulstraße 22, 23568 Lübeck mit Mehrkosten in Höhe von 2.270.000 EUR und Gesamtkosten in Höhe von 9.770.000 EUR fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 4.1 UNVOPA: Solarenergie in Lübeck - Orientierungsrahmen zur Ansiedlung großer Freiflächenanlagen (Zwischenbericht)
Vorlage: VO/2023/12854-01**

AM Stüttgen erläutert den Antrag.

Der Vorsitzende bittet in dem Zuge darum, dass die für Solaranlage in Aufstellung befindliche Fläche in Beidendorf dem Bauausschuss vorgestellt werde.

Hierzu reden mit mehreren Wortbeiträgen Herr Stolte, der Vorsitzende und AM Stüttgen. Herr Stolte weist auf den Bericht der Verwaltung zu Solaranlagen hin (VO/2024/12854), der kürzlich im Bauausschuss vorgestellt wurde. Es werde auch angestrebt, eine Kartierung zu erstellen, auf welchen Flächen Solaranlagen möglich seien, aber die Regelungen würden sich ständig verändern. Der Antrag lese sich für ihn durch den Verweis, dass die Zielsetzung eines Flächenbedarfs von 200 ha zu hinterfragen sei aber so, als ob er einen quantitativen

Ansatz verfolge, was aber nicht Aufgabe der Stadtplanung, sondern der Klimaleitstelle wäre. Die Stadtplanung würde nur Aussagen darüber tätigen, wo eine solche Nutzung möglich wäre.

Der Vorsitzende fragt, ob der Antrag dahingehend abgeändert werden könne, dass in dem Bericht keine Bewertung nach quantitativen Maßstäben vorgenommen werde.

AM Stüttgen erklärt, dass er diesen Hinweis übernehme, da die Zielsetzung des Antrags auch eher in eine qualitative Richtung gehe.

Antrag:

In der anstehenden Fortschreibung des Zwischenberichtes sind folgende Aspekte näher zu betrachten:

1. Anpassung der Zielsetzungen des Masterplan Klimaschutz zur angestrebten installierten Leistung und die dafür benötigte Größenordnung in Anspruch zu nehmender Freiflächen.
2. Strategischer Umgang der Stadt mit eigenen Flächen, die für Solarfreiflächenanlagen geeignet sind.
3. Strategischer Umgang mit besonders ertragreichen landwirtschaftlichen Flächen, die nicht vorbelastet (privilegiert) sind.
4. Strategischer Umgang mit naturschutzfachlich oder die Naherholung bedeutsamen Flächen, die nicht vorbelastet (privilegiert) sind.

Der Bericht soll keine Bewertung nach quantitativen Maßstäben vornehmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem ergänzten Antrag zu beschließen.

**zu 4.2 Fraktion LINKE & GAL, Antrag zu: Zwischenbericht zum Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof
Vorlage: VO/2024/13000-01**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.2 und TOP 7.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 dargestellt, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Der Vorsitzende beantragt, den Antrag zurückzustellen, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Fläche verändert werden soll.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

AM Ramcke zieht seinen Antrag unter TOP 7.1 zurück.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4.3 Dringlichkeitsantrag Unabhängige Volt-PARTEI: Granit-Stelen in der Jürgen-Wullenwever-Straße reduzieren
Vorlage: VO/2024/13047

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.3 und TOP 7.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.3 dargestellt, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Zu diesem TOP reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Frau Boppert, die als Anwohnerin vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, der Vorsitzende, Senatorin Hagen, Frau Metzner, Frau Schölkopf, AM Lange, AM Luetkens, BM Zimmermann, AM Blankenburg, AM Mählenhoff, AM Ingwersen, der vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, Herr Volkmar, der als Anwohner vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, AM Stüttgen und Frau Resch, die als Anwohnerin vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, das sämtliche straßenbegleitenden Stelen entfernt werden.

Der Vorsitzende lässt über seinen Antrag abstimmen.

Für den Antrag: 7
Gegen den Antrag: 5
Enthaltungen: 3

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

AM Stüttgen zieht den Antrag seiner Fraktion zurück.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planung zur Anordnung der Granit-Stelen in der Jürgen-Wullenwever-Straße zu überarbeiten, um die Anzahl auf den erforderlichen Umfang zum Baumschutz zu reduzieren. Die überarbeitete Planung ist in einem Informationsflyer den Anwohnenden bekanntzugeben und dem Bauausschuss zur Freigabe vorzulegen.

Lediglich die Kürzung der Stelen bei gleichbleibender Anzahl wird nicht als ausreichend angesehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde zurückgezogen.

zu 4.4 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU u. FDP: Dringlichkeitsantrag Raumbedarf der Verwaltung in Travemünde - Prüfauftrag
Vorlage: VO/2024/13067

Zu diesem TOP reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Ramcke, Senatorin Hagen, der Vorsitzende, AM Kohlfærber, Herr Bunk und AM Blankenburg.

AM Ramcke erklärt, dass auch nichtstädtische Standorte in die Prüfung einbezogen werden könnten.

Senatorin Hagen bittet darum, bei Prüfaufträgen den Spielraum nicht einzuengen.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag, dass der Antrag ohne das Wort „städtische“ im dritten Beschlusspunkt beschlossen werden solle.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, folgenden Prüfauftrag umzusetzen und im Hauptausschuss dazu zu berichten und im Schul- und Sportausschuss diesen zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Auf der Grundlage des Schulentwicklungsplanes wird die Stadtschule in Travemünde mittelfristig einen erhöhten Raumbedarf haben. Derzeit werden Räume der Schule durch Einheiten der Stadtverwaltung (Kurbetrieb / Ordnungsamt) belegt. Um hier mittelfristig dem Raumbedarf der Schule gerecht werden zu können, wird der Bürgermeister beauftragt, für die derzeit in der Schule untergebrachten Verwaltungseinheiten einen neuen Standort zu finden. Dabei sollen folgende Standorte unter den Gesichtspunkten des Bedarfs der Verwaltung (Front- oder Backoffice), des Flächenbedarfs, der zeitlichen Verfügbarkeit und einer möglichen Finanzierung geprüft werden:

- Hafenbahnhof Travemünde
- Neubau hinter dem Servicecenter der Stadtwerke mobil in der Vorderreihe 12b
- Alternativ bitte auch andere ~~städtische~~ Liegenschaften in Travemünde einbeziehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem geänderten Antrag zu beschließen.

zu 4.5 Unabhängige Volt-PARTEI: Antrag zur Benennung eines Platzes nach den ermordeten Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson.
Vorlage: VO/2024/13113

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.6 Fraktion LINKE & GAL: Erforschung und Würdigung des Widerstands von Frauen in und /oder aus Lübeck gegen den Nationalsozialismus
Vorlage: VO/2024/13125**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.7 Fraktion LINKE & GAL: Fahrradbügel an der OzD
Vorlage: VO/2024/13115**

Antrag:

1. Es werden mindestens 4-5 Autoparkplätze vor oder neben dem Schulgebäude OzD /Dom-Schule zu Fahrradabstellflächen umgewandelt und bis zu den Sommerferien 2024 mit Fahrradbügeln versehen, um für 50 Fahrräder eine Abstell- und AnschlieÙmöglichkeit zu schaffen.

Weitere Flächen in unmittelbarer Nähe zur Schule, wo eine Erweiterung der Fahrradstellplätze möglich ist, werden benannt.

2. Es wird geprüft, ob Fahrradstellflächen an der Schule OzD einen Witterungsschutz erhalten können.

3. Gemeinsam mit Schüler:innen, Hausmeister, Schulleitung und Stadtverwaltung (Ordnungsdienst oder Polizei) wird nach Möglichkeiten gesucht, wie an Schulen abgestellte Fahrräder besser vor Vandalismus und Diebstahl geschützt werden können.

4. Es möge berichtet werden, an welchen Schulen ebenfalls noch Fahrradabstellflächen und –Bügel benötigt werden und in welcher Anzahl.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 4.8 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Radweg Dummersdorfer Str. Vorlage: VO/2024/13133

Zu diesem TOP reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Ramcke, der Vorsitzende, Senatorin Hagen, AM Prieur, Frau Kayser, Herr Giercke, der vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, AM Stüttgen, und Frau Metzner.

Senatorin Hagen weist darauf hin, dass die Benutzungspflicht des Radwegs überprüft werde und bereits alle zuständigen Stellen beteiligt worden seien. Die Stellungnahme der Polizei stünde nach ihren Informationen noch aus. Die Benutzungspflicht des Radwegs solle aufgehoben werden. Die EBL habe außerdem angekündigt, in dieser Straße im dritten oder vierten Quartal Entwässerungsmaßnahmen beginnen zu wollen, der Radweg würde dann Übergangsweise als Ausgleichsfläche benötigt werden.

Frau Kayser weist auf die Probleme bei der Sanierung solcher Radwege hin, wenn die Wege durch Baumwurzeln beschädigt worden seien, da man die Wurzeln nicht schädigen dürfe.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag dahingehend zu erweitern, dass auch alternative Lösungen geprüft werden können.

AM Ramcke übernimmt den Vorschlag des Vorsitzenden.

Frau Metzner spricht sich gegen einen wassergebundenen Belag aus, da dieser für Senior:innen schwer passierbar sei.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, noch im ersten Halbjahr 2023 mit der umfassenden Sanierung des Radweges in der Dummersdorfer Str. zu beginnen. Dem Bauausschuss sind unverzüglich verschiedene Optionen für eine ggf. notwendige Repriorisierung anderer Projekte zur Entscheidung vorzulegen.

Es können auch alternative Lösungen geprüft werden.

Dem Bauausschuss ist zudem unverzüglich ein Bericht über den aktuellen Zustand der Verkehrssicherheit des. o.a. Radweges vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem ergänzten Antrag einstimmig zu.

zu 4.9 Unabhängige-Volt-Partei: Einrichtung eines "Streetfood-Kais An der Untertrave"
Vorlage: VO/2024/13135

Zu diesem TOP reden der Vorsitzende, Senatorin Hagen, AM Ramcke, wieder Senatorin Hagen, AM Sellerbeck und AM Stüttgen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt die Einrichtung eines „Streetfood-Kais“ zwischen den Schuppen 6 und 9 entlang der Straße An der Untertrave zu überprüfen. Sofern eine Nutzung als „Streetfood-Kai“ möglich ist, soll das weitere Vorgehen näher dargelegt werden. Bis zur Sitzung der Bürgerschaft im Juni soll berichtet werden.



Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß dem Antrag zu beschließen.

AM Prieur war bei der Abstimmung nicht im Raum anwesend.

zu 5	Berichte
-------------	-----------------

zu 5.1	Statusbericht: "WC Sanierungsprogramm an Lübecker Schulen" Vorlage: VO/2024/13023
---------------	--

Bericht:

In Trägerschaft der Hansestadt Lübeck befinden sich 59 Schulen (28 Grundschulen, 9 Grund- und Gemeinschaftsschulen, 2 Gemeinschaftsschulen, 2 Grund- und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe, 1 Gemeinschaftsschule mit Oberstufe, 7 Gymnasien, 5 Förderzentren, 5 Berufsschulen). Diese verteilen sich auf 68 Standorte, für welche das Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck die Eigentümer- und Betreiberverantwortung wahrnimmt.

Die hier vorhandenen, insgesamt 592 WC-Anlagen sind durch weitreichende Mängel gekennzeichnet. Dies führte 2014 dazu, die Instandsetzung der Anlagen als gesondertes Projekt im GMHL aufzunehmen und kontinuierlich an einer Instandsetzung zu arbeiten. Im Zuge einer Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 24.03.2022 berichtete das GMHL über den aktuellen Stand der Sanierung.

Mit nachfolgendem Bericht werden der aktuelle Sachstand sowie die weitergehenden Planungen zur Überführung der Schultoiletten einschließlich der für den Schulsport genutzten Umkleibereiche in einen anforderungsgemäßen Zustand dargestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.2 Statusbericht - Erstellung "Masterplan Schulimmobilien" Vorlage: VO/2024/13024
--

Zu diesem TOP reden Senatorin Hagen und AM Teschner.

Bericht:

Die Bürgerschaft beauftragte den Bürgermeister in ihrer Sitzung am 28.09.2023 entsprechend dem Dringlichkeitsantrag „VO/2023/12084-03“, einen „Masterplan Schulimmobilien“ zu erarbeiten. Dieser soll aufzeigen, welche Aufwendungen erforderlich werden, um alle in der Trägerschaft der HL befindlichen Schulgebäude bis zum Jahr 2034 zu sanieren. Planungsgegenstand sind dabei u. A. Gewährleistung der Funktionalität der Schulen, Berücksichtigung des zukünftigen Raumbedarfs, Finanzbedarfe sowie Erreichung der Klimaschutzziele.

In die Bedarfsplanungen sind ergänzend auch die für den Schulsport genutzten Turn- und Sporthallen nebst Umkleiden mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.3 Gutachten Herreninsel Vorlage: VO/2024/13147
--

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen****zu 6.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Bolzplatz in Groß Steinrade
Vorlage: VO/2023/12216-01****Anfrage:**

Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) im Hauptausschuss am 09.05.2023 (VO/2023/12216):

„Seit Jahren wird von der Dorfgemeinschaft Groß Steinrade, des Schulvereins und der Grundschule in Groß Steinrade für die Aufwertung des dortigen Bolzplatzes gekämpft. Der Fachbereich Schule und Sport war sehr von der Idee angetan. Knapp 100.000€ Spendengelder wurden eingesammelt, die nicht abgerufen werden konnten, weil es nicht vorangeht.

1. Mit welcher Begründung hat die Hansestadt Lübeck die Errichtung eines Sportplatzes abgelehnt?
2. Mit welcher Begründung wurde eine Übernahme als Schulsportanlage ebenfalls abgelehnt, obwohl mittlerweile sogar eine bezahlbare Lösung der Entwässerung vom INGENIEURBÜRO HARMS GmbH & CO. KG in Aussicht gestellt wurde?“

Anfrage des AM Dan Teschner (FDP) im Bauausschuss am 19.02.2024 (VO/2024/12968):

„Seit über sechs Jahren kämpfen Lübecker Bürger aus Groß Steinrade für ein Upgrade des dortigen Bolzplatzes. 90.000 EUR Spendengelder hatte der Schulverein und die Dorfgemeinschaft eingesammelt, um der Schule und der ansässigen Kindertagesstätte bessere sportliche Rahmenbedingungen zu bieten.

Ein geplanter Multifunktionssportplatz inkl. Angebote liegen lange vor.

Bis auf die Entwässerungslösung wäre das Vorhaben vollkommen finanziert gewesen.

Selbst für die bemängelte Entwässerung gäbe es mittlerweile eine bezahlbare Lösung.

Woran scheitert die Umsetzung?“

Antwort:**Sachstand und Bedarfe/Historie**

2017 ist auf einen Antrag des Schulvereins der Grundschule Groß Steinrade e. V. durch den damaligen Bereichsleiter Schule und Sport schriftlich eine Zustimmung als Schulträger zum Umbau des bisherigen Bolzplatzes zu einem Kunststoffplatz erteilt worden. Da der Bereich Schule und Sport nicht Flächenverwalter des Bolzplatzes ist, sondern der Bereich Stadtgrün und Verkehr, hätte diese Zusage so nicht erteilt werden dürfen.

Diese ungültige Zusage ist allerdings immer noch in den Köpfen der Menschen vor Ort. Um den Bolzplatz wurden mehrere Baumaßnahmen durchgeführt, z. B. Sanierung der Grundschule, Errichtung der Kita und Neubau der Freiwilligen Feuerwehr.

In der Zwischenzeit wurden Gespräche auf Verwaltungsebene mit den beteiligten Verwaltungseinheiten geführt. Beteiligt waren die Bereiche Stadtgrün und Verkehr, Schule und Sport, Jugendarbeit, die Untere Naturschutzbehörde und die Stadtplanung. Es wurden auch Gespräche mit der Schulleitung und den Elternvertretern geführt.

Nach Rücksprache mit dem Bereich Schule und Sport wird keine Notwendigkeit gesehen, die Fläche als Schul- und Sportfläche umzuwidmen.

Der Wunsch der Schule und der Elternvertretung ist es, den Bolzplatz auch als Schul- und Sportfläche zu nutzen. Der Schulsport findet zurzeit an der Gotthard-Kühl-Schule statt und wird durch Busfahrten organisiert.

Der Bolzplatz Groß Steinrade ist in seiner Beschaffenheit als Bolzplatz funktionsfähig. Er ist als öffentliche Freizeitfläche definiert und wird intensiv von der örtlichen Gemeinschaft genutzt. Durch die über das normale Maß hinausgehende Nutzung der Fläche ist die Oberfläche zwar sehr stark beansprucht, aber in einem verkehrssicheren Zustand, Hinsichtlich der Spielfläche und –qualität ist der Platz nicht in einem optimalen Zustand, aber für einen Bolzplatz ausreichend.

Nach Aussage der Unfallkasse Nord ist die Oberfläche des Bolzplatzes für geeignete sportliche Aktivitäten zu nutzen. Eine visuelle Aufnahme am 01.03.2024 hat eine ebene, erdige Oberfläche vollumfänglich als Bolzplatz nutzbare Oberfläche ergeben.

Diese ist vergleichbar mit vielen anderen der 67 städtischen Bolzplätze der HL und ist vom Zustand im oberen Mittelfeld einzuordnen. Wie die anderen vergleichbaren Bolzplätze sind die Oberflächen nach starken Regenereignissen nur eingeschränkt zu nutzen.

Im Herbst des Jahres wurde zur Abgrenzung zur Fläche der Freiwilligen Feuerwehr ein 1,80 m hoher Doppelstabmattenzaun gesetzt. Die Fläche ist nunmehr dreiseitig umschlossen.

Lösungsmöglichkeiten zur Umnutzung als Schul- und Sportfläche

a) Änderung des Bebauungsplanes

Die Umnutzung der Freizeitanlage Bolzplatz in einen Sportplatz hat eine Änderung des B-Planes zur Folge. Der Bolzplatz ist für das angrenzende Wohngebiet gemäß gültigem Bebauungsplan als Freizeitfläche ausgewiesen. Für eine alternative Freizeitfläche müsste ein geeignetes Grundstück im Umfeld gefunden werden.

b) Umbau des Bolzplatzes mit einer Kunststoffoberfläche

Folgende Arbeitsschritte für einen geplanten Umbau des Bolzplatzes mit Kunststoffoberfläche sind zu tätigen und zu berücksichtigen:

- Ordnung der Finanzmittel zur Beauftragung externer Fachplaner:innen aus dem laufenden Haushalt

- Beauftragung von Fachplaner:innen zur baulichen Umsetzung und Fertigung eines Bauantrages
- Entwässerungsplanung der versiegelten Fläche, Prüfung des Immissionsschutzes der benachbarten Wohnbebauung, Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen (pflanzen von 20 Bäumen, Stammumfang ca. 16 bis 18 cm auf eigenen Flächen)
- Genehmigungsverfahren (Entwässerung, Bauordnung etc.)
- Anmelden der investiven Haushaltsmittel für die Bauausführung zum nächstmöglichen Haushalt (2026)
- Projektfreigabe durch die politischen Gremien
- Ausschreibung, Vergabe und Umsetzung der Maßnahme, nach Bewilligung der Gelder, in 2026/2027
- die Bereitstellung von Wartungskosten zur Pflege und Unterhaltung der Kunststoffoberfläche

Bei der gewünschten Umwandlung von einer entsiegelten zu einer versiegelten Fläche ist dieses Vorhaben genehmigungspflichtig. Für die versiegelte Fläche sind entsprechend Ausgleichsflächen und –maßnahmen zu schaffen. Des Weiteren ist bei einer Versiegelung der Oberfläche der Immissionsschutz der Nachbarbebauung zu gewährleisten.

Grobkostenschätzung (brutto) der investiven Baumaßnahme:

- | | |
|---|-------------------|
| • Sportplatzbau inkl. Entwässerung | ca. 350.000,- EUR |
| • Ausgleichsmaßnahmen | ca. 60.000,- EUR |
| • Planungskosten
(Umfang kann noch nicht genau abgeschätzt werden) | ca. 90.000,- EUR |

Die Kostenschätzung der **Gesamtmaßnahme** beläuft sich auf **ca. 500.000,- EUR (brutto)** zuzüglich einer Kostensteigerung gem. Baupreisindex.

Folgekosten:

Der **jährliche Unterhaltungsaufwand** inkl. Wartung und Pflege wird auf **3.500,- EUR (brutto)** geschätzt.

Als Fazit für den jetzt vorhandenen Bolzplatz ist festzustellen, dass dieser in seiner Funktion als Bolzplatz verkehrssicher und ausreichend ist. In der Bewertung anderer Bolzplätze steht dieser nicht dringend für einen Umbau als Bolzplatz mit einer Kunststoffoberfläche an.

Diese Einschätzung wird weiterhin davon getragen, dass sich der Bereich Stadtgrün und Verkehr bei der Beurteilung der Baumaßnahmen von der Gleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen über alle Stadtteile der Hansestadt Lübeck leiten lässt und leiten lassen muss.

Wird der Auftrag an die Verwaltung erteilt, den Bolzplatz Groß Steinrade mit einer Kunststoffoberfläche umzubauen, so wird der Bereich Stadtgrün und Verkehr die Prioritätenliste entsprechend verschieben und andere noch nicht begonnene Maßnahmen hintenanstellen müssen.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.2 Antwort auf die Anfrage von Frau Metzner (Senior:innenbeirat): Fahrplandialog

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2024 unter TOP 6.2.13

Frau Metzner erklärt, dass aktuell eine Online-Abfrage für den Fahrplandialog laufe und sie wissen wolle, ob sich die Hansestadt Lübeck daran auch beteilige oder die Abfrage nur für Private vorgesehen sei.

Antwort

Im Rahmen des Fahrplandialogs 2024/25 hat die NAH.SH die Bahnfahrpläne fürs kommende Jahr (Fahrplan 2024/2025) zur Diskussion gestellt. Der Dialog richtet sich an Privatpersonen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.3 Antwort auf die Anfrage von AM Frings (UVP): Gestaltung/Erhaltung städtebaulicher Struktur durch qualifizierte B-Pläne Helldahl/ Leegerwall

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2024 unter TOP 6.2.3

Welche Ziele und Zwecke verfolgt die Verwaltung konkret durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Helldahl / Leegerwall?

Antwort

Die Ziele und Zwecke des aufzustellenden Bebauungsplans 32.26.00 werden im in der Begründung zum Aufstellungsbeschluss (VO/2021/10168) wie folgt benannt und gelten unverändert:

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung unter Erhalt der vorhandenen städtebaulichen Strukturen im Plangebiet festgelegt werden. Die Bebauung soll in ihren Dimensionen begrenzt werden auf Ein- und Zweifamilienhäuser zur Nutzung als Wohnhäuser mit Erstwohnsitz-Nutzung.

Lediglich im Bereich Helldahl ist eine Einschränkung der Bebauung auf Ein- und Zweifamilienhäuser aufgrund der dort überwiegend vorhandenen Mehrfamilienhäuser nicht möglich. Aber auch hier sollen die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten auf ein städtebaulich verträgliches Maß eingeschränkt werden.

Der von der Verwaltung erarbeitete Entwurf des Bebauungsplans 32.26.00 wurde der Öffentlichkeit im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vom 13.11. bis 01.12.2023 vorgestellt. Sämtliche im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung in das Internet eingestellte Unterlagen (Planzeichnung, textliche Festsetzungen, Begründung, Übersichtsplan zu den festgesetzten Grundflächen sowie städtebauliches Konzept einschl. Nachverdichtung) stehen nach wie vor unter dem nachfolgenden Link zur Einsichtnahme und zum Download bereit:

<https://www.luebeck.de/de/stadtentwicklung/stadtplanung/bauleitplanung/bebauungsplaene-im-verfahren.html>

Die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gezeigte Power-Point-Präsentation kann dem Bauausschuss bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.4 Antwort auf die Anfrage von AM Prieur (CDU): Lieferanten von Straßenlaternen

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2024 unter TOP 3.1

AM Prieur fragt, ob es sich bei dem Lieferanten der Straßenlaternen immer um denselben Hersteller handle oder ob der Lieferant wechsele.

Antwort

Grundsätzlich beliefern uns für die unterschiedlichen Straßenlichtanwendungsbereiche (technisch, dekorativ, Unterführungen etc.) auch unterschiedlich spezialisierte Leuchtenhersteller.

Bezogen auf die Projektfreigabe „Beschaffung von LED-Leuchten Teil 2“ werden wir aus Gründen der gestalterischen Einheitlichkeit, Ersatzteilverhaltung, Lagerhaltung, Schulungsaufwände etc. den gleichen Hersteller wie für den 1. Teil der Beschaffung wählen. Der 1. Teil der Vergabe der Leuchtenlieferung erfolgte herstellernerneutral.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.5 Antwort auf die Anfrage von AM Mauritz (CDU): Bauproblematik Fertigstellung Pinassenweg/Berkenthienstraße

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 18.03.2024, TOP 6.2.4

AM Mauritz berichtet von halbfertigen Laternen, offenliegenden Stromkabeln etc. und möchte hierzu gerne eine kurze Antwort über weiteres Vorgehen.

Antwort

Das Gebiet wurde noch nicht durch die Hansestadt Lübeck übernommen. Zuständig ist noch der Erschließungsträger.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.1.6 Antwort auf die Anfrage von AM Lamaack (UVP): Radwegekennzeichnung Ecke Ivendorfer Landstr./Teutendorfer Weg

Anfrage aus der Sitzung des Bauausschusses am 04.03.2024 unter TOP 6.2.9

Anfrage:

Die Verwaltung wird gebeten kurzfristig darüber zu informieren wie bei dem nachstehend geschilderten Sachverhalt die Planung einer verbesserten Radverkehrsführung aussieht, warum über diese bisher noch nicht entschieden wurde, wann eine Entscheidung erfolgen soll und wann ihre Umsetzung geplant ist.

Antwort:

Die Maßnahme zur Verbesserung der Radverkehrsführung Teutendorfer Weg/Ivendorfer Landstraße befindet sich in der Abstimmung zwischen Straßenverkehrsbehörde, Polizei, Straßenbaulastträger und Radverkehrsbeauftragten. Der Markierungs- und Beschilderungsplan mit den aktuellen Änderungen wird in dieser Woche an die Straßenverkehrsbehörde in das Anhörungsverfahren gegeben.

Als Nachfrage: Da dies eine reine Beschreibung des aktuellen Bearbeitungsstandes ist bitten wir noch um Beantwortung der ursprünglich gestellten Teilfragen, d.h. wie sieht der Markierungs- und Beschilderungsplan mit den aktuellen Änderungen aus, in welchem Monat und Jahr ist nach dem Anhörungsverfahren eine finale Entscheidung zu erwarten und wie lange wird es danach voraussichtlich bis zur Umsetzung dauern?

Antwort

Zur Verbesserung der Radverkehrsführung wurde am 23.04.2024 die Einrichtung eines Schutzstreifens für Radverkehr (Z. 340) im Teutendorfer Weg in Fahrtrichtung Travemünder Landstr. angeordnet, sowie die Verdeutlichung der bestehenden Verkehrsführung durch Markierungen (Piktogramme).

Aufgrund der besonders schwierigen örtlichen Gegebenheiten (Bahnübergang, Sichtverhältnisse der Einmündungsbereiche und Wegebeziehungen, etc.) konnte das nach § 45 StVO vorgeschriebene Anhörungsverfahren nach einer intensiven und langandauernden Vorabstimmungsphase unter den Beteiligten nunmehr zum Abschluss gebracht werden.

Ziel ist es die Umsetzung der verkehrlichen Anordnung (Beschilderungs- und Markierungsarbeiten) im Sommer 2024 durchzuführen und bis spätestens zum Herbst 2024 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	X
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2 Neue Anfragen

AM Mühlenhoff bittet um Beantwortung ihrer Anfrage vom 04.03.2024 (VO/2024/12979).

zu 6.2.1 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Maßnahmen Rahmenplan Innenstadt Vorlage: VO/2024/13142

Anfrage:

1. Wie genau ist die Umsetzung des „Shared Space“-Konzepts beim Projekt Kohlmarkt geplant?
2. Unter welchen Voraussetzungen wäre ein Vorziehen bestimmter Projekte möglich, die parallel mit dem Projekt Beckergube bearbeitet werden könnten?
3. Ist das Projekt St. Aegidien schon in eine der drei Stufen einkategorisiert worden und wenn ja in welche?
4. Welche der folgenden Maßnahmen zur Begrünung und Entsiegelung können unter welchen Voraussetzungen von den Gesamtplanungen entkoppelt und vorgezogen werden?
 - Schlüsselprojekt Wahnstraße/Krähenstraße:
 - „Entsiegelung und Begrünung“
 - „Begrünung des Straßenraums unter Berücksichtigung der Blickbeziehungen und Straßeninfrastruktur“

-„Erhalt und ggf. Erweiterung des Baumbestands“

- Schlüsselprojekt Königsstraße
-„Begrünung des Straßenraums unter Berücksichtigung der Blickbeziehungen und Straßeninfrastruktur“
- Projekt Holstenstraße
-„Begrünung des Straßenraums unter Berücksichtigung der Blickbeziehungen und Straßeninfrastruktur“
- Projekt Pferdemarkt/Parade
-„Anpflanzung von mehr Grün“
- Projekt Dom
-„Anpflanzung von mehr Grün“
- Projekt An der Untertrave
-„Anpflanzung von mehr Grün“
- Schlüsselprojekt Holstentor
-„Anpflanzung von mehr Grün und Verbindung mit vorhandenen Grünflächen“
- Projekt Rosenplatz
-„Anpflanzung von mehr Grün“
- Projekt Pergamentmachergang
-„Begrünung von Flächen und Fassaden“
- Projekt Kanalstraße
-„Anpflanzung von mehr Grün“
- Projekt St Aegidien
-„Anpflanzung von mehr Grün“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.2 AM Silke Mühlenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhalt der Hallen an der Roddenkoppel im sog. Tudorstil
Vorlage: VO/2024/13156**

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen plant die HL zum Erhalt dieser Hallen?
2. Falls keine Maßnahmen geplant sind, welche Maßnahmen sollten aus Sicht der Verwaltung eingeleitet werden?
3. Welche Instrumente nutzt die Hansestadt Lübeck in der Regel, um gefährdete Denkmale zu sichern und einer Nutzung zuzuführen? Stehen darüber hinaus Instrumente zur Verfügung, die selten oder gar nicht genutzt werden? Warum werden diese Instrumente selten genutzt?
4. Welche geschützten Gebäude sind aus Sicht der Denkmalpflege im Bestand gefährdet und aus welchen Gründen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.3 AM Kimberly D'Amico (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Sachstand der weiteren Vorgehensweise wegen der Verwahrlosung des Gebäudebestandes Große Burgstraße 9 - 13 (VO/2018/06699)
Vorlage: VO/2024/13220**

Anfrage:

1. Sind bereits konkrete Schritte zum Erlass eines Modernisierungs- und Instandsetzungsangebotes gemäß § 177 BauGB eingeleitet worden?
 - a) Wenn ja, was ist der Inhalt des Gebotes?
 - b) Wenn nicht, was ist der Grund?
2. Wie ist der Sachstand im Klageverfahren zur Unterschutzstellung der Gebäude Gr. Burgstr. 9 und 13?
3. Wie ist der Sachstand hinsichtlich des Vorverfahrens / Verfahrens gemäß § 17 Denkmalschutz G S.-H.?
4. Konnte bereits eine Abschätzung der zu erwartenden Kosten für eine Ersatzvornahme gemäß Denkmalschutz G S.-H. vorgenommen werden?
5. Sind die Voraussetzungen für eine solche inzwischen gegeben?
6. Welche (weiteren) Maßnahmen sind als nächstes geplant und wann?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.4 Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Auswirkungen der Sperrung der Mühltorbrücke auf den ÖPNV

Anfrage:

1. Welche Auswirkungen hatte Sperrung der Mühltorbrücke in der 15. Kw auf den ÖPNV? Welche Umleitungen, Fahrzeitverlängerungen und Verspätungen ergaben sich daraus? Welche betrieblichen Maßnahmen waren erforderlich (erhöhter Einsatz von Bussen und Personal)?
2. Wird die Verwaltung die Auswirkungen der Brückensperrung auf den ÖPNV zu analysieren und daraus wirksame Maßnahmen für eine verspätungsresistente Umleitung des ÖPNV für die Dauer des Neubaus der Mühltorbrücke abzuleiten? Falls ja, wann soll dem Bauausschuss über die diesbezüglichen Planungen berichtet werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.5 Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Bahnschranken Ratzeburger Allee und Mönkhofer Weg

Anfrage:

- Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, um die Deutsche Bahn in die Pflicht zu nehmen, eine querungsfreien Schienenführung in der Ratzeburger Allee und im Mönkhofer Weg umzusetzen?

- Welche Lösungen gibt es von Seiten der Stadt, um die Belastung durch die Schrankenschließzeiten zu reduzieren?
- Gibt es eine Möglichkeit, die Schrankenschließung mit einer Anzeigetafel frühzeitig anzukündigen und die Dauer der Schließung ersichtlich zu machen (ähnlich wie Busfahrtafeln) oder werden hierzu Konzepte erarbeitet?

Begründung: Die zukünftige Entwicklung des Güterverkehrs sowie die schon jetzt vorhandene Belastung der Verkehrswege sowie die Baumaßnahmen im Schienennetz und die damit einhergehende Planung von Ausweichflächen für den Schienenverkehr sollten als Gründe genügen, um von der DB endlich realistische Lösungen eines querungsfreien Schienenverkehrs einzufordern. Die jetzige Ignoranz der Belastungen für die Hansestadt Lübeck sind inakzeptabel. Bereits mehrfach von Seiten der Stadt geprüfte Modelle zeigen, dass ein Absenken der Schienen als einzige Lösung in unseren Augen in Betracht kommt. Dies könnte während anstehender Baumaßnahmen berücksichtigt werden. Die Platzierung des Bahnhaltopunktes „St. Jürgen“ zwischen zwei Schienenquerungen zeigt, wie wenig bedacht die DB ihre Planung vornimmt und auch hier eine Verlegung ggf. notwendig ist.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

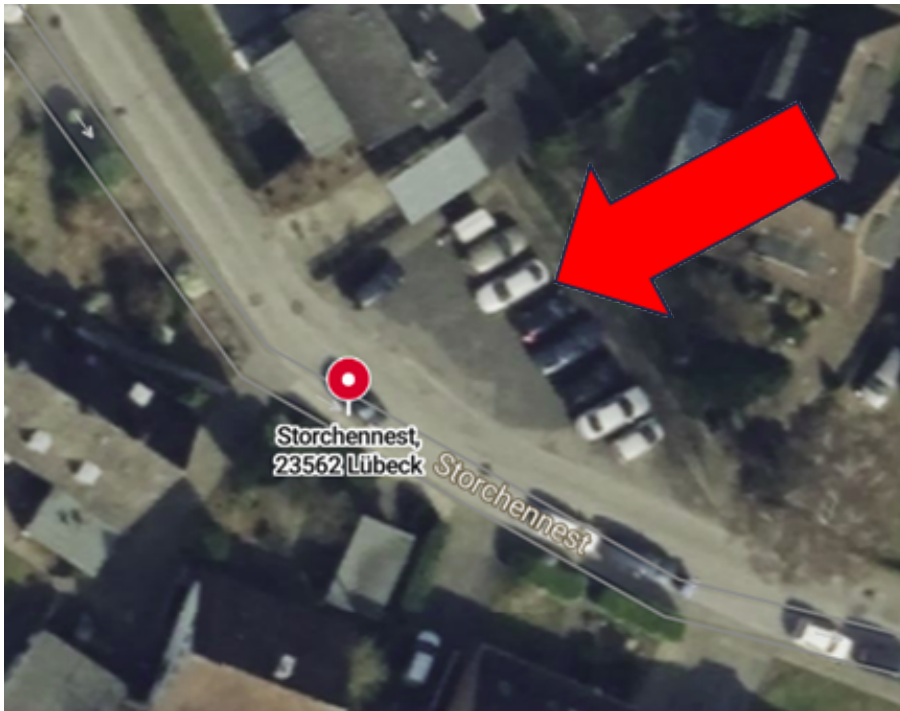
zu 6.2.6 Anfrage des AM Blankenburg (SPD & FW): Parkflächen in Wohngebieten mit Markierungsstreifen versehen

Anfrage:

- Gibt es eine Übersicht über Parkflächen im Wohngebiet, wie auf den Beispielbildern zu sehen sind? (s. Bilder in der Anlage „Beim Stadthof“ und „Storchennest“)
- Kann diese Fläche von der Hansestadt Lübeck mit entsprechenden Parkplätzen markiert werden?

Begründung:

Die Markierung von Parkplätzen würde eine effektivere Nutzung der vorhandenen Fläche ermöglichen und zudem die Fremdnutzung durch aufgestellte Blumenkübel verhindern.



Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.7 AM Jochen Mauritz: Schulwegsicherheit Grundschule Lübeck-Niendorf / Niendorfer Hauptstraße 17-21
Vorlage: VO/2024/13225**

Anfrage:

Wie lässt sich die Schulwegsicherheit vor der Grundschule Lübeck-Niendorf erhöhen?

Welche Maßnahmen können kurzfristig umgesetzt werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.8 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhaltungssatzung PV
Vorlage: VO/2024/13246**

Anfrage:

Wie ist der Stand zu [VO/2023/11897](#). Dazu sollten bis April 2024 Vorschläge vorgelegt werden. Die Vorlage zielt auch auf die hier vorliegende Thematik und soll Auskunft darüber geben.

1. Wie viele PV-Anlagen sind seit 2020 pro Gebiet mit Erhaltungssatzung beantragt worden?
2. Wie viele davon wurden genehmigt?
3. Gibt es verwaltungsinterne Kriterien zur Genehmigung/Ablehnung von PV-Anlagen, da die Erhaltungssatzungen sehr allgemein formuliert sind?
4. Wenn ja, wie lauten diese?
5. Wenn ja, sind diese Kriterien seit Inkrafttreten des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 ("EEG") angepasst worden?

Der Gesetzgeber hat der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse zugewiesen

5. Wenn nein, wie wird die Gleichbehandlung der Antragsteller sichergestellt?
6. Wenn nein, sind die Mitarbeiter geschult worden oder ist es geplant, um die neue Gesetzeslage richtig anzuwenden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.9 Anfrage des AM Mauritz (CDU): 2. Anbindung Travemünde

Anfrage:

AM Mauritz bittet um einen aktuellen Sachstand zur 2. Anbindung Travemünde.

Antwort:

Herr Stolte berichtet, dass der Auftrag zur Prüfung der beiden neuen Varianten vergeben worden sei und man hoffe, dass die Ergebnisse der Prüfung im Herbst vorliegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung (5.610): Ausbau Ladestationen in Lübeck - weiteres Vorgehen

Herr Schulz stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden AM Ramcke, Herr Schulz, AM Luetkens, AM Stüttgen, Herr Giercke, der vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, Herr Stolte und AM Blankenburg.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung: Projekt Wohnen Boardinghouse Hotel Königstrasse 44-46 und 46a gemäß Präsentation vom 06. Februar 2023 - Umsetzung des Projektes; weiteres Vorgehen

Herr Schröder erläutert den aktuellen Stand. Das Vorhaben sei 2023 im Bauausschuss vorgestellt worden, allerdings werde die damalige Planung aktuell nicht weiterverfolgt, da die Gebäude zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden sollen. Es gebe eine entsprechende Vereinbarung mit dem Bereich Soziale Sicherung. Das eigentliche Projekt sei daher erstmal zurückgestellt.

Dazu reden der Vorsitzende, Herr Schröder und AM Mauritz.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.3 Mündliche Mitteilung: Stadtgrabenbrücke Planung und Realisierung der Radweganbindung an die Willy Brandt Allee; weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende bittet hierzu um einen erneuten Bericht, da er die vorgestellte Situation nicht als verkehrsgerecht empfindet. Das Thema solle in der nächsten Sitzung des Bauausschusses erneut behandelt werden.

Hierzu reden Frau Schölkopf, AM Ramcke und AM Sellerbeck.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung: Sachstand Sanierung Verwaltungszentrum Mühlenort Kostenentwicklung und Abgleich zur Raumplanung

Der Vorsitzende erklärt, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass 58 Mio. € benötigt werden würden, um das VZM in einen korrekten Zustand zu setzen. Er möchte wissen, wie dieser Wert ermittelt worden sei und ob dieser Umstand mit in die Raumplanung eingegangen sei.

Herr Bunk erklärt, dass es sich bei dieser Kostenschätzung um eine interne Arbeitszahl handle, man befinde sich noch in der Planung. Dies werde auch im Rahmen der Raumplanung betrachtet, allerdings galt der Erhalt des VZM bislang immer als gesetzt. Es müsste weiter geprüft werden und es sei auch unklar, wie sich das Haus Trave auf die Prüfung auswirke. Er bitte darum, die genannte Summe entsprechend mit Vorsicht zu behandeln. Das auf diese Bekanntgabe eine solche Diskussion entstehe sei nicht beabsichtigt gewesen, man

sei davon ausgegangen, dies bereits in einer der anderen Projekte am VZM wie dem Multi-Space kommuniziert zu haben.

Hierzu reden der Vorsitzende, Herr Bunk und AM Prieur.

Der Vorsitzende fragt nach der Zeitschiene.

Herr Bunk sagt, dass hierzu nach der Sommerpause berichtet werden könne.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.5 Mündliche Mitteilung: Parken am Moltkeplatz: Bericht über die rechtlichen Grundlagen des Parkverbotes im Bereich Moltkeplatz

Der Vorsitzende fragt, was Anlass der Kontrollen im Gebiet Moltkeplatz gewesen sei. Senatorin Hagen antwortet, dass die Kontrollen durch den Kommunalen Ordnungsdienst vorgenommen werden würden. Die Frage müsse im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung gestellt werden, zur rechtlichen Grundlage der Kontrollen könne keine Aussage getroffen werden.

Der Vorsitzende bittet darum, dass der TOP zur nächsten Sitzung wiederaufgenommen werde und eine rechtliche Stellungnahme des Bereich Recht dazu geliefert werde. Es müsse in der Stadtverwaltung eine Entscheidung gegeben haben, warum an dieser Stelle kontrolliert worden sei.

Hierzu reden AM Luetkens, AM Ramcke, der Vorsitzende und Frau Metzner.

Frau Metzner bittet darum, in dem Bericht auch aufzunehmen, warum an der Stelle jetzt alles mit Wohnmobilen zugeparkt sei.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.6 Mündliche Mitteilung (5.000): Umbenennung Rathausinnenhof

Senatorin Hagen berichtet, dass die Verwaltung einen Prüfauftrag erhalten habe, ob der Rathausinnenhof nach Frau Charlotte Landau-Mühsam oder nach Frau Ingeborg Sommer benannt werden solle. Es habe eine Anfrage im Hauptausschuss gegeben, wie der aktuelle Stand sei, weswegen ihr Eindruck sei, dass ein zügiges Ergebnis gewünscht werde. Die Straße sei nicht öffentlich gewidmet und müsse es auch nicht werden, und die Benennung von Straße liege in der Zuständigkeit des Bauausschusses. Der Bauausschuss könne entsprechend direkt beschließen. Die Vorschläge der Verwaltung wären, den Platz entweder „Landau-Mühsam-Platz“ zu benennen oder „Charlotte Landau-Mühsam-Platz“, wenn die Betonung gewünscht sei, dass der Platz nach einer Frau benannt werde.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, sich mit der Benennung der Straße noch in dieser Sitzung zu befassen.

Für den Antrag: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss stimmt einstimmig dafür, sich mit der Benennung der Straße noch in dieser Sitzung zu befassen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den Rathausinnenhof in „Charlotte Landau-Mühsam-Platz“ zu benennen.

Für den Antrag: 12 Stimmen
 Enthaltungen: 3 Stimmen
Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erhalt der kostenfreien Fahrradstellplätze vor dem Lübecker Hauptbahnhof
 Vorlage: VO/2024/13085**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.2 und TOP 7.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 dargestellt, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Antrag:

Text wird nachgereicht!

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**zu 7.2 Anfrage AM Sascha Luetkens (Fraktion LINKE & GAL): Stelen in Lübeck
 Vorlage: VO/2024/13165**

Gemäß TOP 1 werden TOP 4.3 und TOP 7.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.3 dargestellt, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Die Vorlage wurde fälschlicherweise als Antrag einsortiert und wird als Anfrage aufgenommen.

Anfrage:

Die Verwaltung möge berichten, an welchen Standorten bereits in der Vergangenheit erfolgreich zum Schutz vor verkehrswidrigem Parken in Lübeck Granitstelen eingesetzt wurden.

Welche Resonanz haben diese ästhetischen Änderungen im öffentlichen Raum bisher bei Anwohnenden hervorgerufen?

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.3 AM Christopher Lötsch: Sanierung Buurdiekstraße/ Wischhofweg Vorlage: VO/2024/13201

Der Vorsitzende begründet den Antrag.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Zuge der grundhaften Sanierung Buurdiekstraße / Wischhofweg (VO/2023/12689) der fehlende Abschnitt ab Kreuzung Hudestraße bis zur FF Dummersdorf/ Haus Nr. 24 zusätzlich ebenfalls in die Baumaßnahme mit einbezogen werden kann.

Die derzeitige Schotterzuwegung von der Hudestraße bis zum Feuerwehrgerätehaus ist von Schlaglöchern übersät und in einem sehr schlechten Zustand, so dass insbesondere für die teils schweren Fahrzeuge der Feuerwehr und deren Insassen ein reales Gefährdungspotential vorliegt. Ein stetiges Ausbessern der Schotterfläche ist nicht zielführend und eine damit einhergehende Besserung nicht von langer Dauer. Die Verwaltung wird daher gebeten, die weiterführende grundhafte Sanierung wie oben beschrieben im Rahmen der bereits für dieses Jahr genehmigten Maßnahme nachträglich zusätzlich noch mit einzuplanen und entsprechend umzusetzen.

Die Verwaltung wird ersatzweise aufgefordert, für den Fall das Mittel und Kapazitäten 2024 nicht ausreichen, die o.g. Erweiterung für 2025 vorzusehen.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss im Mai 2024 über das weitere Vorgehen zu informieren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 7.4 AM Christopher Lötsch: Einplanung Sanierung Wesloer Straße in 2025 Vorlage: VO/2024/13202

Senatorin Hagen weist darauf hin, dass die Maßnahme in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Schlutuper Straße stehe, die aufgrund des Neubaugebiets 2025 umgebaut werden müsse, deswegen könne die Wesloer Straße erst im Anschluss saniert werden. Die SWL mobil benötige diese Regelung für die Umsetzung des Busfahrplans und Sicherstellung der Busanbindung für Schlutup. Eine gleichzeitige Baustelleneinrichtung ist daher nicht umsetzbar.

Der Vorsitzende bittet darum, die Gründe ausführlich im Protokoll festzuhalten und beantragt die Vertagung des Antrags bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause.
Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.5 SPD & FW: Für mehr Sozialwohnungen in Lübeck!
Vorlage: VO/2024/13212

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.6 AT-Beirat für Senior:innen: Verbesserungen der Taktung für die Buslinie 35
Vorlage: VO/2024/13177-01

Zu diesem TOP reden der Vorsitzende, Herr Stolte, AM Ramcke, Frau Metzner und AM Mauritz.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen des 5. RNVP darauf hinzuwirken, dass

1. für die Linie 35 an allen Werktagen, auch sonnabends, ein 30-Minuten Takt eingeführt wird,
2. das Angebot auf die Randzeiten ausgeweitet wird,
3. die Linienführung der 35 besser mit den Linien 30/ 39 /40 abgestimmt wird,
4. die Haltefrequenz von Bussen an der Haltestelle am Stau erhöht wird,
5. die Taktung für die Sonn- und Feiertage in die regionale Taktung aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**zu 7.7 Beirat für Senior:innen: Zwischenbericht zur ÖPNV-Anbindung der nördlichen Altstadt während der Baumaßnahme Beckergrube
Vorlage: VO/2024/13219**

Zu diesem TOP reden Frau Metzner, Senatorin Hagen, AM Ramcke, wieder Senatorin Hagen, Herr Stolte, wieder AM Ramcke, wieder AM Stolte und Frau Kempke, die vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, in der 14. Sitzung des Bauausschusses am 06.05.2024 einen mündlichen Zwischenbericht über den Stand der Prüfungen zur ÖPNV-Erschließung der nördlichen Altstadtinsel während der Baumaßnahme Beckergrube zu geben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

AM Mauritz war bei der Abstimmung nicht im Raum anwesend.

**zu 7.8 Fraktion SPD & FW: Landschaftspark Leuchtenfeld
Vorlage: VO/2024/13239**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:05 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Teilnahme von Herrn Bunk, Herrn Graap, Herrn Schröder und Frau Schölkopf gebeten.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 20 Uhr.

Lübeck, den 13. September 2024

Dr. Ulrich Brock
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff
Protokollführung